

Ohne freiwilliges soziales Engagement sind die Sozialsysteme nicht mehr zu retten

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Anwaltschaft und Lückenbüßen

Von Michael Opielka

Bürgerschaftliches Engagement hat in der Psychiatrie eine lange, ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition. In den letzten Jahren zeigt sich allerdings, dass einerseits herkömmliche Formen, lange als „Laienhilfe“ bezeichnet, mehr und mehr unter Schwund leiden. Langjährig engagierte Bürgerhelfer neigen bisweilen dazu, dies als Folge mangelnder Unterstützung durch die Professionellen zu interpretieren, was mancherorts sicher auch nicht abwegig ist. Gleichzeitig entwickelt sich von der Sozialpolitik her mehr und mehr der Versuch, bürgerschaftlich-ehrenamtliche Hilfe systematisch im Kontext von Einsparbemühungen zu verplanen – professionelle Hilfe soll dann unter dem Label „Hilfe-Mix“ vor allem die Anleitung und Koordination von Freiwilligenarbeit sein. Gerade in der Altenhilfe und darüber hinaus in der Gerontopsychiatrie werden in Zusammenhang mit stadtteilbezogenen Wohnprojekten zunehmend solche Konzepte vertreten. Klaus Dörner hat sich einschlägig in diesem Sinne geäußert. Es spricht viel für diese Gedanken. Der Charakter bürgerschaftlichen Engagements ändert sich freilich ganz erheblich dadurch. Die Übergänge in Formen der Niedriglohn-Beschäftigung sind fließend. Wie sind diese Entwicklungen zu bewerten?

Sozialpolitische Konjunktur des Freiwilligenengagements

Das Interesse am Ehrenamt, am freiwilligen Engagement, nimmt seit den 1990er Jahren zu – sowohl von Einsatzwilligen als auch von „offizieller“ Seite, von Landesregierungen, Kommunen und sozialen Trägern. Drei Ursachen dieser Entwicklung lassen sich unterscheiden:

Eine ist die Hoffnung auf Kostensenkungen.

Die zweite ist die Bürokratie- und Expertenkritik. So kann man beobachten, dass das Gesundheitswesen auch selber Krankheiten hervorbringt, dass Experten die Leute auch ihrer Selbsthilfekompetenzen enteignen.

Die dritte ist die Erkenntnis, dass in Ländern wie den USA das Engagement-Potenzial viel höher ist und viel mehr verankert bis in alle gesellschaftlichen Nerven und Adern hinein. Dort sagt man: Es gehört zu einer guten demokratischen Gesellschaft, dass die Menschen sich für ihre Interessen und auch für die Interessen ihres Nächsten einsetzen.

Mit der Verfestigung der Langzeiterwerbslosigkeit wird diskutiert, ob das Ehrenamt ein Erwerbsersatz sein könnte, wenn immer mehr Leute aus dem Arbeitsprozess fallen. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde vor allem von Ulrich Beck das Konzept der „Bürgerarbeit“ resonanzreich vertreten. Dass bezahlte Arbeit den heutigen Stellenwert hat, verdankt sie der Industriegesellschaft und dem Kapitalismus. Davor war die Selbstversorgungsökonomie dominant. Damals resultierte der Status aus Familienbindungen, aus Herkunft und anderen Gemeinschaftsbindungen. Es gibt heute viele Menschen, die haben über ihre bezahlte Erwerbsarbeit aus eigener Sicht einen eher kümmerlichen Status. Aber über ihr Engagement sind sie Vorstandsmitglieder oder sind Obmann oder Obfrau einer für sie wichtigen Gruppe. Da tritt die bezahlte Arbeit von ihrem Empfinden her in den Hintergrund. Andererseits zeigen die Forschungen einen Zusammenhang zwischen dem Status in der bezahlten Arbeit und

der Freiwilligenaktivität. Wer sich im Ehrenamt erfolgreich engagiert, findet meistens auch wieder leichter einen Job. Es gibt viele Leute, die ehrenamtlich aktiv sind in der Hoffnung, damit ihre gesellschaftliche Präsenz, ihre Teilhabe, zu verbessern.

Mit dem Konzept der „Bürgerarbeit“ ist die Idee eines garantierten, viele sprechen auch vom „bedingungslosen“ Grundeinkommen eng verbunden. Die Frage lautet: Könnte die finanzielle Absicherung von Menschen, die aus dem Arbeitsprozess gefallen sind, ermöglichen, dass gesellschaftlich notwendige, aber scheinbar nicht bezahlbare Arbeit auf freiwilliger Basis geleistet wird? Mir scheint allerdings wenig realistisch, dass man einfach Geld in die Gesellschaft einspeisen kann und schon engagieren sich die Leute. Es könnte auch sein, dass viele einfach abhängen. Dennoch transportiert ein Grundeinkommen eine ganz enorme faktische und symbolische Bedeutung. Es signalisiert: Etwa die Hälfte des Volkseinkommens wird auf Alle verteilt. Ein Grundeinkommen ist so etwas wie die Rückgabe des Reichtums, den die Gesellschaft sich erarbeitet, an die Gesellschaft. Insoweit kann man sagen, dass vor allem für den Bereich der Familienarbeit, für den Bereich des freiwilligen Engagements, aber auch für den Bereich Bildung das Grundeinkommen eine pauschalierte Ermöglichung werden kann.

Die Idee des Grundeinkommens relativiert auch die Gefahren eines neo-liberalen Niedriglohnssektors gravierend. Ich habe mit dem Ökonomen Wolfgang Strengmann-Kuhn in einem Gutachten der Konrad-Adenauer-



Dr. Michael Opielka lehrt als Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, ist Geschäftsführer des Instituts für Sozialökologie in Königswinter, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn und war 2004–5 Visiting Scholar an der School of Social Welfare der University of California, Berkeley. Neueste Veröffentlichungen u.a.: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, 2004. Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons, 2. Aufl. 2006.

Stiftung die Finanzierbarkeit des Modells „Solidarisches Bürgergeld“ untersucht, das der Thüringer CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus entwickelte. Ein Grundeinkommen von 800 Euro (einschließlich 200 Euro „Gesundheitsprämie“ für jeden Erwachsenen) führt in diesem Modell zur Steuerfreiheit von Einkommen bis zur Höhe von 1.600 Euro. Das bedeutet wiederum, dass zwischen dem Minimumbetrag von 600 Euro, der bei Bedürftigen (z.B. Behinderten oder bei hohen Wohnkosten) um einen „Bürgergeldzuschlag“ aufgestockt wird, und 1.600 Euro ein „Mix“ von Bürgergeld und Erwerbseinkommen existiert. Geringe Bezahlung, sei es wegen Teilzeit oder eben bei „Bürgerarbeit“, also im Grenzbereich von Erwerbsarbeit und Freiwilligenengagement, führt also nicht zur Armut. In gewisser Weise ist ein Grundeinkommen eine Art Kombilohn für alle, der den Arbeitsmarkt aus einer Alleinentscheiderrolle über Status und Armutsverhinderung löst und mehr Entscheidungsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger eröffnet.

Diese Überlegungen bilden den sozialpolitischen Rahmen für die Konjunktur des Freiwilligenengagements. Das 20. Jahrhundert konnte als das Jahrhundert der Lohnarbeit gelten, der Arbeits- und Vollbeschäftigungsutopie. Die Verallgemeinerung der Lohnarbeit war und ist die Grundlage des „lohnarbeitszentrierten“ Sozialstaats, der „bismarckschen“ Idee der Sozialversicherungen und auch der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, wie sie das skandinavische, das französische und das sozialistische Sozialmodell kennzeichnen. Wird nun das 21. Jahrhundert mangels einer ausreichenden Anzahl bezahlter Arbeitsplätze zum Jahrhundert der freiwilligen Arbeit?

Viele Beobachter dieser Entwicklung, einer der prominentesten ist Jeremy Rifkin, gehen davon aus, dass die Produktivitätssteigerungen die Erwerbsarbeit „ausgehen“ lässt. Man kann aber beobachten, dass es den Industriegesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten gelungen ist, das Beschäfti-

gungsniveau kaum absinken zu lassen. Das ist das Programm der Dienstleistungsgesellschaft. Es ist auf den ersten Blick gegenläufig zur Konjunktur des Freiwilligenengagements. Immer mehr Leistungen der Wohlfahrtsproduktion, die heute ehrenamtlich oder in Familien geschehen, sollen in Erwerbsarbeit transformiert werden, in Pflege, Wellness, Gesundheit, Bildung sowie eigentlich allen Bereichen der Haushaltsproduktion, vom Onlineeinkauf bis zur intimen Kommunikation. Diese Dienstleistungen haben ein erhebliches Arbeitsmarktpotenzial, ein Potenzial an bezahlter Arbeit. Die spannende und empirisch nicht leicht zu beantwortende Frage ist, ob die Dienstleistungsexpansion, also Verberuflichung und Professionalisierung, die Gemeinschaftsarbeit austrocknet, geradezu überflüssig macht. Wird die gemeinschaftliche Praxis auf dem Altar der Vermarktlichung geopfert?

Freiwilligenengagement als Reichtum an moderner Gemeinschaft

Gegen eine marktliche Dienstleistungsutopie lässt sich mit guten Gründen argumentieren, dass und warum freiwillige, gemeinschaftliche Arbeit eine große Zukunft haben wird. Denn freiwilliges Engagement bedeutet eine Art Übergang zwischen Familie im engeren Sinn und Erwerbsbereich. Noch in den 1980er Jahren sprach die Wissenschaft vom „intermediären Sektor“. Der Begriff hat sich abgenutzt, weil Freiwilligenengagement nicht einfach nur als Zwischenbereich, als eine Art Negation von Familie und Markt verstanden werden kann. Unterdessen drängte sich, auch durch die Forschungen und Beiträge des US-Forschers Robert Putnam, der Begriff des „Sozialkapitals“ in den Vordergrund. Er bildet ein unverzichtbares theoretisches Konzept für eine Interpretation des Freiwilligenengagements in den modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts. Damit wird auch empirisch deutlich, dass gegenseitige Hilfe, personale Netzwerke und Ehrenamt für Dritte nicht einfach nur eine Ressource für ökonomische und politische Zwecke bilden, sondern einen Zweck in sich, einen Reichtum der Ge-

sellschaft ausmachen. Freiwilliges Engagement ist daher weder Lückenbüßer noch Sahnehäubchen des Sozialstaats, sondern seine Grundlage. Ohne Engagement ist eine gute Gesellschaft nicht denkbar. Das Ehrenamt ist nur eine von verschiedenen Ausdrucksformen des gemeinschaftlichen, freiwilligen Engagements in einer Gesellschaft. Wir sagen: Die Leute sollen erst mal schauen, dass sie Dinge, die sie selbst lösen können, auch selbst lösen. Das ist die Grundlage unseres subsidiären, liberalen Sozialstaats. Die umgekehrte Denkweise wäre, wenn wir sagen: Die Grundlage des Sozialstaats ist der Staat. Da könnte man sagen, wir denken alles nur vom Staat und vom Recht her, von oben nach unten. Das ist eine Denkweise, die sich zum Glück überlebt hat.

Nichtsdestotrotz wird zwischen freiwilligem Engagement und professioneller, bezahlter sozialer Arbeit häufig eine Hierarchie oder gar ein Gegensatz hergestellt, vor allem von Professionellen. Die Erfahrung zeigt: Viele Professionelle argumentieren so aus Angst. Diese Angst kann man aber leicht nehmen, weil mehr freiwilliges Engagement, mehr Selbsthilfe fast immer zu mehr Professionalitätsbedarf geführt hat. Ich bin immer wieder überrascht, dass wir an den Fachhochschulen, wo Sozialarbeiter ausgebildet werden, eine große Angst der Professoren vor dem Thema freiwilliges Engagement beobachten. Entsprechend unterrichten sie das auch nicht. In der Sozialen Arbeit fühlt man sich oft sozialpolitisch bedroht – eine Art Opfer-Identifikation. Da denkt man, wenn es heißt, die Freiwilligen zu fördern: Was können wir eigentlich mehr als die Freiwilligen? Es ist vor allem ein Problem der jungen Professionen wie der Sozialen Arbeit, teils auch der Pflegeberufe, wo sie sozialarbeitsnah tätig werden. Sachliche Gründe gibt es keine für diese Ressentiments. Aber es gibt eben psychologische und politische Gründe, die einen dazu bringen, einen Gegensatz herzustellen.

Freiwilliges Engagement ist zudem nicht nur der selbstlose Einsatz für andere, sondern bringt auch Belohnungen. Es gibt The-

Gegenseitige Hilfe, personale Netzwerke und Ehrenamt für Dritte machen den Reichtum einer Gesellschaft aus. Freiwilliges Engagement ist daher weder Lückenbüßer noch Sahnehäubchen des Sozialstaats, sondern seine Grundlage.

In freiwilligem Engagement kann das Bedürfnis nach Anerkennung häufig besser erfüllt werden als im Rahmen bezahlter Arbeit.

orien, die argumentieren, dass man nichts tut ohne eine Nutzenoptimierung. Natürlich sind wir immer auch berechnende, rational kalkulierende Entscheider(innen). Aber die Belohnungen, die wir wollen, sind komplex. Viele sagen, wir wollen vor allem Geld. Die Beobachtung der Pädagogen und Psychologen ist: Noch mehr als Geld wollen wir Liebe. Wir wollen gebraucht werden. Wir wollen uns ausdrücken können. Wir wollen, dass das, was wir tun, auch Bedeutung für andere hat, dass etwas bleibt.

All das können wir natürlich in der bezahlten Arbeit verwirklichen. Aber sehr häufig können wir diese Bedürfnisse im freiwilligen Engagement viel besser abdecken. Wir bekommen dabei das, was wir mit am wichtigsten brauchen, nämlich Anerkennung und Liebe. Aber das heißt natürlich auch: Wenn man Freiwillige professionell motivieren möchte, muss man ihnen genau das anbieten. Man muss Formen finden, in denen der Respekt, die Zuneigung, die Anerkennung für die Aktivität in angemessener, nachhaltiger und freundlicher Form organisiert werden.

Das Ehrenamt als Lückenfüller

Meine bisherigen Überlegungen folgten zwei Argumentationslinien. Zum einen konnten wir erkennen, dass die modernen Sozialstaaten auf einem Arbeitsmarktkonzept aufbauen, in dem alle Arbeit vermarktet und diese Marktarbeit dann verallgemeinert wird. Auf dem „verallgemeinerten Lohnarbeiter“ fußt dann der lohnarbeitszentrierte Sozialstaat. Konzepte wie Bürgerarbeit und Grundeinkommen lockern diese Entwicklung auf. Die zweite Argumentation betonte den eigenständigen, eigenlogischen Charakter von Freiwilligenengagement als Gemeinschaftsarbeit und Quelle von Sozialkapital. Kombiniert man nun beide Argumente, dann wird deutlich: Ehrenamt und Selbsthilfe oder allgemeiner gesprochen, freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement können nicht auf die Logik von Markt und Staat reduziert werden.

Gleichwohl deutet unsere Eingangsfra ge auf die durchaus ver-

breitete Angst vor Instrumentalisierung, auf die Reduzierung von Ehrenamtlichkeit auf die Rolle eines billigen Jakobs. Ängsten begegnet man am besten, indem man zweierlei macht: zum einen kognitiv die Angstgründe verstehen und umdeuten, zum anderen affektiv das Selbst stärken. Das gilt auch für bürgerschaftlich Engagierte und für Professionelle, die sich selbst für Engagement engagieren.

Statt Ehrenamt und Freiwilligenengagement als Lückenbüßer zu interpretieren, halte ich es für angemessener, in ihm einen Lückenfüller zu sehen. Engagement entsteht nur, wenn von potentiell Engagierten eine Lücke, ein Bedarf wahrgenommen wird. Sie engagieren sich nur, wenn sie es wollen, sonst wäre es nicht „freiwillig“. Darüber sollte sich die Gesellschaft und sollten sich auch die Professionellen freuen. Die Aufgabe der Professionellen wäre es, mit ihren Kompetenzen Laienengagement zu unterstützen, anzuleiten und zu begleiten. Sie sind damit zugleich Anwälte ihrer Klienten und der Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind zu helfen. Die Aufgabe der Professionellen ist dann, zu beurteilen, ob und welche Laien welche Aufgaben übernehmen können, welche Ressourcen dafür benötigt werden und auch, beispielsweise gegenüber Politik und Kostenträgern, die Grenzen von Laienengagement zu markieren. Damit verwandelt sich jene Opferidentifikation und Leidensmetaphorik („Lückenbüßer“) vieler Professioneller in Nüchternheit und Realitätsbewusstsein. Dass diese Verwandlung nicht einfach ist und professionelle Kompetenzen der Ehrenamtsförderung voraussetzt, darf nicht verschwiegen werden. Viel zu viele Professionelle haben schlicht keine Ahnung vom bürgerschaftlichen Engagement, seinen Leistungsmöglichkeiten und tatsächlichen Grenzen.

Welche „Sozialsysteme“ bürgerschaftliches Engagement erfordern, um nachhaltig zu wirken, muss man deshalb genauer analysieren. Im Bereich von Pflege und alltagsnahen Hilfen scheint der Bedarf an Freiwilligenengagement jedenfalls ganz unübersehbar. Der

Rationalisierungsdruck auf die vermarktlichten, aber auch auf die sich den Marktzwängen nicht entziehenden gemeinnützigen, professionellen Angeboten lässt Zeit und Aufmerksamkeit zu einer extrem knappen Ressource werden. Zeit und Aufmerksamkeit, Lebenserfahrung und Liebe bieten Ehrenamtliche gern. Sie füllen damit Lücken, die sonst schmerzen. ●